

Rede zum Haushalt 2026 der Stadt Meerbusch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -Kollegen,

die FDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsvorschlag 2026 zu.

Wir sehen unser wichtigstes politisches und gesellschaftliches Ziel, nämlich Investitionen in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder hier in Meerbusch im aktuellen Haushaltsentwurf und der Planung für die Folgejahre bestens umgesetzt. Auch wenn die Erreichung dieses Zieles zunächst eine erhebliche Belastung für diesen und die nächsten Haushalte darstellt, sind wir uns über den Investitionsschwerpunkt mit unserem Kooperationspartner CDU 100% einig.

Ich stehe hier an der Stelle, wo ich vor 46 Jahren mein Abiturzeugnis ausgehändigt bekommen habe und kann aus eigener Erfahrung sagen, Bildung ist der Schlüssel für ein erfülltes Leben!

Die FDP-Ratsfraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsvorschlag zu, auch wenn wir den leichten Stellenaufwuchs in der Personalplanung mit Sorge betrachten. Positiv sehen wir zwar eine Tendenz zur Verschiebung von beamteten hin zu angestellten Mitarbeitenden, was langfristig Pensionslasten senken wird. Bei den im Haushalt 2026 hinzukommenden Stellen jedoch, sind wir nicht in jedem Fall von deren Notwendigkeit überzeugt. Und zumindest in einem Fall verorten wir die von der Verwaltung dargestellte Refinanzierung der anfallenden Personalkosten eher in der Rubrik Wunsch und Hoffnung, denn in der Realität.

In der Bundes- und Landespolitik hat sich seit vielen Jahren, quer durch alle Parteien, eine fatale Sichtweise in den Köpfen festgesetzt. „Kommunen jammern und quengeln ständig über zu wenig Geld. Am Ende aber können sie die Aufgaben und Ausgaben dann doch stemmen.“

Das meine Damen und Herren ist schlicht falsch. Die Kommunen in NRW leiden unter einer tiefgreifenden strukturellen Unterfinanzierung, bei der Einnahmen nicht ausreichen, um gesetzliche Pflichtaufgaben (wie Sozialausgaben) zu decken. Betrachtet man den vorliegenden Haushaltsentwurf der Stadt im Detail, dann stellt man leider fest, dass das Konnexitätsprinzip in vielfacher Weise verletzt wird. Platt gesagt, Bund und Land denken sich Aufgaben und/oder Wohltaten für die Menschen im Lande und damit auch in Meerbusch aus, die Kommune muss liefern und leisten. Das führt zur strukturellen Unterfinanzierung des Finanzhaushaltes der Stadt Meerbusch, weil gleichzeitig dafür keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Begeisterung der Kollegin Niederdellmann-Siemes von der SPD, als sie aus dem auf den ersten Blick beeindruckenden 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz der

Bundesregierung, gleich einen Anteil von 50 Millionen Euro für die Stadt Meerbusch ausgerechnet hatte. Am Ende werden es dann nur 20 Millionen Euro, verteilt über 12 Jahre sein. Allein unsere Investitionen in die Grundschulen für einen erfolgreichen offenen Ganzttag belaufen sich auf ein Vielfaches davon. Weil der Grundsatz der Konnexität nicht eingehalten wird, ergibt sich sukzessive eine dramatische Situation für unsere Haushaltslage. Denn aus einer strukturellen Unterfinanzierung kann man sich einfach nicht herausparen.

Wir leben in einer sehr lebenswerten Stadt. Beispielsweise können die Bürgerinnen und Bürger Meerbuschs unser Meerbad besuchen, eine großartige Bibliotheken Landschaft genießen, sich in der VHS oder der Musikschule weiter bzw. ausbilden lassen. Unsere Schulen verfügen über Schulsozialarbeiter, deren Finanzierung eigentlich Landesaufgabe ist. Weil das Land NRW dafür aber keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stellt, erfolgt die Finanzierung aus unserem städtischen Haushalt. Die Gefahr ist groß, dass diese und andere freiwilligen Leistungen nicht beibehalten werden können sondern reduziert werden müssen

Was also tun in dieser Situation? Mit Änderungsanträgen über 5.000 Euro oder auch 100.000 Euro rauf oder runter in irgendeiner Haushalts-Position erreichen wir keine wirkliche Verbesserung. Wir Liberale sehen nur zwei wirksame Maßnahmen, um die Finanzierungslücke schrittweise deutlich zu verkleinern.

1. So unangenehm es auch ist, die Art und Weise und das Qualitätsniveau, auf dem die Stadt Meerbusch ihre Pflichtaufgaben erledigt, also der jeweilige Standard, muss auf den Prüfstand. Nur wenn es gelingt, die Kosten für die Erbringung der Pflichtaufgaben zu senken, was mit einem Absinken des Qualitätsniveaus einhergehen wird, kann die Finanzierungslücke zumindest verkleinert werden. Auch bei den freiwilligen Leistungen ist dieser Weg zu wählen.

Von dieser Vorgehensweise werden unweigerlich Partikularinteressen der verschiedensten Gruppen in der Stadt subjektiv, negativ betroffen sein. Das führt, wie bei der Veränderung des Grundsteuerhebesatzes, zu heftigem Gegenwind in Form von Protesten, Anfeindungen, Social Media Stürmen, Anrufen beim Bürgermeister und vollen Leserbriefspalten. Die ersten Leserbriefe kommen dann vermutlich von denjenigen, die im Rahmen der Grundsteuererhöhung, bei der wir mit 680 Punkten immerhin unter dem NRW-Schnitt von 703 Punkten bleiben konnten, von denjenigen also, die einen harten Sparkurs eingefordert haben. Das, sehr geehrter Herr Bommers, muss die Verwaltung, aber auch die Politik im Sinne der Sache einfach ertragen.

2. Weitere Maßnahme muss die strukturelle Reorganisation der Stadtverwaltung sein. Die zielt auf eine effizientere, bürgernähere Verwaltung durch Optimierung von Prozessen, Bündelung von Aufgaben und Stärkung der Digitalisierung ab. Dabei ist zu beachten, dass die so häufig angeführte KI nicht die Lösung selbst ist, sondern lediglich ein Werkzeug, das zur Lösung beiträgt. Am Ende geht es

darum sich so zu organisieren, dass immer komplexere Herausforderungen nicht mit mehr, sondern mit weniger Personal bewältigt werden können. Die strukturelle Reorganisation der Stadtverwaltung ist der zweite, langfristig wirkende Hebel, um die Finanzierungslücke in unserem Haushalt zu verkleinern.

Dieses Vorhaben ist äußerst anspruchsvoll für Bürgermeister Bommers und seine Führungsmannschaft. Denn Menschen haben ein starkes Beharrungsvermögen, was ihren Wunsch nach Sicherheit zum Ausdruck bringt. Benötigt wird aber bei allen Beteiligten für dieses Projekt Veränderungswille. Diesen bei den Mitarbeitenden zu wecken und erfolgreich zu fördern ist langfristig entscheidend für das Gelingen des Reorganisationsprozesses.

Meine Damen und Herren, für uns Liberale sind Freiheit und Verantwortung zwei Seiten derselben Medaille. Und Liberale haben Vertrauen in Menschen. Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Haushalt zu und vertrauen darauf, dass Bürgermeister Christian Bommers und sein gesamtes Team den notwendigen, steinigen und herausfordernden Weg der Reorganisation der Stadtverwaltung und die Kostensenkung bei der Erbringung der städtischen Leistungen noch in diesem Jahr beherzt und mutig angeht.

Ziele festlegen, Strategie entwickeln, umsetzen!

Ich möchte mit dem Lieblingszitat meines ehemaligen Lateinlehrers schließen, dass so gut auf die vor uns allen liegenden Herausforderungen passt. Es stammt Seneca und lautet in der Übersetzung:

„Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“ (Original: Non quia difficilia sunt, quae timemus, sed quia timemus, difficilia sunt)

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!